

## Begründung

### Allgemeiner Teil

Gemäß § 139 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Z 2 und 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016 – VAG 2016, BGBl. I Nr. 34/2015, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 62/2019, kann die FMA mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen durch eine Verordnung Anordnungen treffen, die Vorschriften über die Ermittlung und Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und die Festlegung des Höchstzinssatzes für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Lebensversicherung enthalten.

Die Bildung der Zinszusatzrückstellung (ZZR) soll dazu beitragen, dass die Erbringung von Garantieleistungen gegenüber den Versicherten sichergestellt wird. Das anhaltend niedrige Zinsniveau kann bei Versicherungsunternehmen zu Schwierigkeiten führen, einen in Anbetracht des herrschenden wirtschaftlichen Umfelds relativ hohen garantierten Rechnungszins am Kapitalmarkt dauerhaft zu erwirtschaften. Daher sollen Versicherungsunternehmen dazu angehalten werden, das Risiko der Nichterwirtschaftung von Garantien weiterhin sorgfältig zu beobachten und erforderlichenfalls die Dotation der entsprechenden Rückstellung zu erhöhen.

### Besonderer Teil

#### Zu Z 1 (§ 2 Abs. 1):

Verweisaktualisierung.

#### Zu Z 2 (§ 3 Abs. 2):

Das anhaltend niedrige Zinsniveau kann bei Versicherungsunternehmen zu Schwierigkeiten führen, einen in Anbetracht des herrschenden wirtschaftlichen Umfeldes relativ hohen Rechnungszins auf den Kapitalmärkten dauerhaft zu erwirtschaften. In den Beständen mancher Versicherungsunternehmen gibt es etwa noch laufende Lebensversicherungsverträge mit einem Garantiezins von 4 %. Seit 2013 müssen Versicherungsunternehmen eine Rückstellung für Zinsverpflichtungen (Zinszusatzrückstellung oder kurz: ZZR) bilden. Da die umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen (UDRB) fast bei null liegt und die Deckungsrückstellung nahezu unverändert ist, übernimmt der durchschnittliche Garantiezins bei der Rückstellungsbildung eine maßgebende Rolle. Dieser sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Ein weiteres Absinken würde auch die ZZR reduzieren.

Bei der Berechnung der ZZR kommt der UDRB eine bedeutende Rolle zu, da sie einen wesentlichen Einfluss auf die Rückstellungshöhe hat. Eine volatile UDRB hätte Auswirkungen auf die ZZR und würde dieser Rückstellung für langfristige Verbindlichkeiten die Planbarkeit entziehen. Mit der in Abs. 2 neu vorgesehenen Glättung (durchschnittliche UDRB der vorangegangenen fünf Jahre) soll die finanzielle Stabilität hergestellt werden und dem langfristigen Charakter der Rückstellung unter Beachtung des Grundsatzes der Vorsicht Rechnung getragen werden.

Aufgrund der Durchschnittsbildung wird die ZZR von starken Schwankungen der UDRB nicht wesentlich beeinträchtigt. Für die durchschnittliche UDRB werden fünf Jahreswerte herangezogen, da damit Veränderungen über einen längeren Zeitraum angemessen berücksichtigt werden können. Gegenüber einem Abstellen auf den Mindestwert der letzten fünf Jahre wird durch die Durchschnittsbetrachtung ein stärkerer Glättungseffekt erzielt. Insbesondere reagiert der Referenzzinssatz bei einer Durchschnittsbetrachtung weniger sensibel auf ungewöhnlich niedrige Zinssätze in einzelnen Jahren (Ausreißer) und wird ein Klippeneffekt vermindert, wenn ein neuer Mindestwert in die Berechnung des Referenzzinssatzes aufgenommen wird oder nach Ablauf von fünf Jahren herausfällt.

Von der bisher vorgesehenen Systematik wird grundsätzlich nicht abgewichen. Die Berechnung des Mindestfordernisses erfolgt weiterhin nach der Formel für die  $ZZR_t$  gemäß Abs. 2, allerdings ergibt sich die ZZR zum Bilanzstichtag nun unter Berücksichtigung der durchschnittlichen UDRB der vorangegangenen fünf Jahre. Erfolgt bspw. die Berechnung der ZZR per 31.12.2020, so sind die Jahreswerte der UDRB der Jahre 2015 bis 2019 heranzuziehen. Betragen diese bspw. 0,41% (2015), 0,04% (2016), 0,18% (2017), 0,33% (2018) und -0,1% (2019), so ist eine durchschnittliche UDRB in Höhe von 0,17% für diese Berechnung per 31.12.2020 zu berücksichtigen. Dadurch soll weiterhin eine gleichmäßige Gewinnbeteiligung der Versicherungsnehmer sichergestellt werden. Damit wird die Stichtagsbetrachtung entschärft und mehr Planbarkeit für die Unternehmen hergestellt.

Neben der Glättung des Referenzzinssatzes wurden redaktionelle Änderungen vorgenommen.

**Zu Z 3 (§ 3 Abs. 6):**

Mit der Änderung soll klargestellt werden, dass auch im Falle einer Überdotierung des Mindestfordernisses der ZZR eine spätere Auflösung der Rückstellung bis zum Ausmaß des Mindestfordernisses erfolgen kann. Eine Auflösung ist aber nur im dem Maße zulässig, in dem sichergestellt ist, dass die Deckung der Verpflichtungen nicht durch die derzeitigen oder zu erwartenden Erträge aus der Finanzgebarung gefährdet ist (vgl. Abs. 1 Satz 1).